

## Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

### Inhalt:

Bestellung von Heinz Drobesh zum Leiter des Landesrechnungshofes	S 2
Klare Absage an Uniformzwang für Kinder	S 3
Milchmengensteuerung: Milchbauern aktiv unterstützen, anstatt populistische Forderungen aufzustellen!	S 4
Novelle des Baugesetzes für schnelleren und billigeren Breitbandausbau	S 5
Weiterentwicklung und Stärkung des Wirtschaftsstandortes Steiermark durch Ausbau der Pyhrn-Schober-Achse	S 6
Kein Zweifel am Erfolgsprojekt Airpower	S 7
Landesrechnungshof bestätigt korrektes Verfahren bei der Vergabe der Glücksspielautomatenlizenzen	S 8
Wohnunterstützung Neu ist der Anfang einer Korrektur des Sozialsystems in Richtung mehr Gerechtigkeit	S 9
Kontrollausschuss per Videokonferenz spart Zeit und Geld	S 10

## **Mit Heinz Drobesch wurde der objektiv bestgeeignete Kandidat zum Leiter des Landesrechnungshofes bestellt**

**„Wir gratulieren dem in der heutigen Landtagssitzung gewählten neuen steirischen Landesrechnungshofdirektor Heinz Drobesch zu seiner Wahl und wünschen ihm alles Gute für seine Arbeit in dieser verantwortungsvollen Funktion“, erklärt Klubobfrau Barbara Eibinger-Miedl (ÖVP). Äußerst verwundert zeigt sich die ÖVP über die Kritik der Opposition am Bestellungsprozess. „Dieser wurde von Beginn an einstimmig von allen Fraktionen festgelegt und war objektiv sowie transparent.“**

Nach einem Hearing in der Vorwoche wurde Heinz Drobesch von der Personalberatungsfirma Hill als objektiv bestgeeigneter Kandidat für die Funktion des Landesrechnungshofdirektors präsentiert. Die ÖVP-SPÖ-Zukunftskoalition hat ihn daraufhin in der aktuellen Landtagssitzung vorgeschlagen. Drobesch wurde schließlich im dritten Wahlgang mit einfacher Landtagsmehrheit gewählt.

„Mag. Heinz Drobesch hat in seinen früheren Funktionen als Landtagsdirektor, Büroleiter von LH-Stv. Schrittwieser und Abteilungsleiter in der Ressortzuständigkeit von Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer bereits jahrelang bewiesen, dass er über Führungskompetenz verfügt und ein ausgezeichnete Kandidat für die Landesrechnungshofleitung ist“, zeigt sich ÖVP-Klubobfrau Barbara Eibinger-Miedl mit dem Ergebnis der Wahl im Landtag Steiermark zufrieden.

### **Widersprüchliches Verhalten der Opposition mehr als befremdlich**

Verwundert zeigt sich die ÖVP-Klubobfrau über das Verhalten der Oppositionsparteien FPÖ, KPÖ und Grüne. „Über den Ablauf des Bewerbungs- und Bestellungsverfahrens und die Bewertungskriterien für die Kandidaten gibt es einstimmige Beschlüsse aller Fraktionen. Zum Hearing gibt es sogar eine schriftliche Vereinbarung, die von allen Fraktionen unterschrieben wurde. Dass nun genau diese Punkte im Nachhinein von der Opposition kritisiert wurden, ist mehr als befremdlich“, so Eibinger-Miedl.

Einen ausdrücklichen Dank richtet die Klubobfrau an die frühere Rechnungshofdirektorin Margit Kraker. „Ihre Kompetenz, Professionalität und Objektivität wurde von allen Fraktionen geschätzt. Sie hat den Landesrechnungshof in den letzten Jahren entscheidend weiterentwickelt. Dafür gebührt ihr unser Dank und die besten Wünsche für ihre neue Funktion.“

## **Klare Absage an Uniformzwang für Kinder**

**Der Bildungssprecher der ÖVP Lukas Schnitzer erteilt der FPÖ-Forderung nach einem Uniformzwang für steirische Schulkinder eine klare Absage. Ob es einheitliche Schulbekleidung geben soll oder nicht, ist eine Frage der Schulautonomie – diese freie Entscheidung der Schulgemeinschaft vor Ort ist zu respektieren und darf nicht durch die Bevormundungspolitik der FPÖ eingeschränkt werden. Vielmehr ist die populistische FPÖ-Forderung mit sexistischer und geschmackloser RFJ-Begleitmusik auf Facebook ein weiterer Beweis dafür, dass die Freiheitlichen an jeder Form eines ernsthaften politischen Diskurses nicht interessiert sind.**

„Die Forderung der FPÖ nach einheitlicher Schulbekleidung ist purer Populismus. Dahinter steckt nichts anderes, als das Vorhaben, Kindern jede Individualität und Entfaltungsmöglichkeit zu nehmen. Der Zwangsuniformierung unserer Schulkinder werden wir daher entschieden entgegentreten!“, bezieht ÖVP-Bildungssprecher Lukas Schnitzer entschlossen Stellung.

Die Frage, ob es in einer Schule einheitliche Bekleidung geben soll oder nicht, ist jedenfalls keine, die von landes- oder bundespolitischer Seite vorzuschreiben ist, sondern eine klare Angelegenheit der Schulgemeinschaft. „Uns ist es wichtig, die Schulautonomie zu stärken und unsere steirischen Schulen nicht durch zusätzliche zwangsweise verordnete Regulierungen und Vorgaben einzuschränken. Schüler, Lehrer und Eltern sollen gemeinsam die Entscheidung über die Schulbekleidung treffen. Diese Freiheit gilt es zu respektieren“, erklärt Schnitzer, da Bekleidungs Vorschriften in der Hausordnung festzuschreiben wären und somit in die Zuständigkeit des jeweiligen Schulgemeinschaftsausschusses fallen.

Die besondere Geschmacklosigkeit der freiheitlichen Forderung unterstreicht ein Sujet, das der Ring Freiheitlicher Jugend auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht und wenig später wieder gelöscht hat. Auf einem Bild, das eine mit überaus kurzem Rock bekleidete Frau zeigt, werden Schuluniformen als „ganz schön sexy“ angepriesen. „Solche Darstellungen beweisen einmal mehr, wie unseriös diese Debatte von der FPÖ geführt wird“, so Schnitzer abschließend.

## **Milchbauern aktiv unterstützen, anstatt populistische Forderungen aufzustellen!**

**Ein Antrag der FPÖ auf Einführung einer Milchmengensteuerung auf EU-Ebene wurde im Landtag Steiermark mehrheitlich abgelehnt. Begründet wird diese Ablehnung damit, dass vor zwei Jahren die Europäische Union gegen die Stimmen Österreichs diese Milchmengensteuerung (Milchquote) mit großer Mehrheit aufgehoben hat und eine neuerliche Einführung nach mehrmaligen Anläufen in den europäischen Mitgliedsländern nicht machbar ist. Anstatt also rein populistische Forderungen in Richtung Bund oder EU aufzustellen, konzentriert sich die Steiermark darauf, die betroffenen Milchbauern aktiv zu unterstützen. Wir kämpfen für unsere Landwirte und reden nicht nur darüber!**

Die Liberalisierung der Märkte im Landwirtschafts- und Lebensmittelsektor hat für die steirischen Bauern zahlreiche Chancen, aber auch einige Nachteile mit sich gebracht. So sind bei uns produzierte Lebensmittel mittlerweile zu Exportschlägern geworden und helfen dabei zahlreiche Betriebe und Arbeitsplätze abzusichern. Andererseits war die Milchmengensteuerung auf europäischer Ebene nicht aufrecht zu erhalten. „Zwar hat sich Österreich massiv für die Beibehaltung der Milchquoten ausgesprochen, wurde allerdings überstimmt. Diese demokratische Entscheidung ist auch von der Steiermark zur Kenntnis zu nehmen“, stellt ÖVP-Landwirtschaftssprecher LAbg. Karl Lackner klar.

„Nun gilt es, die betroffenen Bauern bestmöglich zu unterstützen, um am freien Markt bestehen zu können und Einkommensverluste zu kompensieren. Dazu wurde ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen, das beim Milchgipfel im Juni 2016 präsentiert wurde und einerseits kurzfristige Hilfsmaßnahmen für bäuerliche Betriebe, aber auch mittelfristige und längerfristige Maßnahmen für Erzeuger, Verarbeiter, Handel und Konsumenten umfasst.“

Landesrat Johann Seitinger: „Die derzeitige Situation am Milchmarkt ist alles andere als befriedigend. Daher braucht es jene Hilfsmaßnahmen, die nicht nur populistisch angekündigt werden, sondern eine tatsächliche Hilfestellung für die bäuerlichen Betriebe sicherstellen. Auch der Lebensmittelhandel ist gefordert, faire Handelsvereinbarungen mit den bäuerlichen Betrieben bzw. deren Genossenschaften zu treffen.“

Die wichtigsten Sofortmaßnahmen bestehen in der Stundung zweier Raten der Agrarinvestitionskredite, Landes-Beihilfen für Landwirte in Berggebieten und Unterstützungsgelder für Investitionen der Milch verarbeitenden Betriebe.

Zur Unterstützung der Milchbauern fließen rund 10 Millionen Euro zusätzlicher Hilfestellungen nach Österreich. Auch sollen 167 Millionen Euro durch Erlassen der

## **Aktuelles aus dem Landtag Steiermark**

Sozialversicherungs-Beiträge der Landwirte für ein Quartal zur Verfügung gestellt werden. Durchschnittliche Milchbetriebe würden sich dadurch etwa 1.500 EUR bis 2.000 EUR ersparen. Weitere Begleitinstrumente sind die Weiterentwicklung und der Ausbau des Bestbieterprinzips für Lebensmittel und die Forcierung bzw. der Ausbau der Qualitätsprogramme.

„Was zählt ist, das Bestmögliche für unsere Landwirte zu erreichen. Daher setzen wir konkrete Taten zur Unterstützung der Bauern anstatt nicht verwirklichter Forderungen aufzustellen“, so Seitingner abschließend.

Der rein populistische Antrag der FPÖ wurde daher mehrheitlich abgelehnt.

## **Novelle des Baugesetzes für schnelleren und billigeren Breitbandausbau**

**Im Zuge einer Novelle des Baugesetzes wird gesetzlich verankert, dass größere Neubauten und umfassend sanierte Gebäude automatisch mit der notwendigen physischen Infrastruktur – zumindest einer Leerverrohrung - für den Anschluss an das Breitbandnetz ausgestattet werden. Das spart Kosten gegenüber nachträglichen Baumaßnahmen und unterstützt den schnelleren Ausbau der Breitbandversorgung in der Steiermark.**

Konkret setzt die Novelle des Baugesetzes eine EU-Richtlinie um, die den Aufbau eines Hochgeschwindigkeitsnetzes für die elektronische Kommunikation vorsieht. Ziel dabei ist eine Datengeschwindigkeit von mindestens 30 Mbit/s, wobei im Zuge der Breitbandinitiative Steiermark Geschwindigkeiten von bis zu 100 Mbit/s angestrebt werden.

Durch die Novelle werden nun alle Neubauten bzw. umfassenden Sanierungen, die mehr als vier Wohneinheiten umfassen, automatisch mit der dafür notwendigen Infrastruktur ausgestattet. Diese muss zumindest in einer Leerverrohrung bestehen, damit im Bedarfsfall jederzeit ein Anschluss an das Breitbandnetz möglich ist. Das ist erheblich billiger als nachträgliche Maßnahmen zum Einbau einer Verrohrung für Internetleitungen. Die Versorgung mit schnellen Internetverbindungen wird damit günstiger, die Schaffung der dafür notwendigen technischen Voraussetzungen wird rechtlich verankert.

Der Antrag wurde auf Initiative der Zukunftscoalition einstimmig beschlossen.

## **Weiterentwicklung und Stärkung des Wirtschaftsstandortes Steiermark durch Ausbau der Pyhrn-Schober-Achse**

**Der Ausbau der Pyhrn-Schober-Achse ist ein wesentliches Infrastrukturprojekt zur besseren Erreichbarkeit des Wirtschaftsstandortes Steiermark. Die bestehende Bahnstrecke soll saniert und ausgebaut sowie der Bosrucktunnel neu errichtet werden. Durch die damit einhergehende Anbindung der Steiermark an das Mittelmeer würden sich deutliche Wettbewerbsvorteile und eine Stärkung der steirischen Exportwirtschaft ergeben.**

„Der Ausbau der Pyhrn-Schober-Achse muss gezielt und rasch weiter vorangetrieben werden“, richtet ÖVP-Verkehrssprecher LAbg. Anton Gangl seinen Appell an die Bundesregierung: „Denn gerade durch eine leistungsfähige Bahninfrastruktur entlang dieses bedeutenden Nord-Süd-Korridors kann die Erreichbarkeit des Wirtschaftsstandortes Steiermark weiter verbessert werden.“

Der Güterverkehr auf der bestehenden Bahnstrecke ist derzeit jedoch durch infrastrukturelle Einschränkungen gegenüber dem LKW-Transport, vor allem was die benötigte Fahrzeit anlangt, deutlich benachteiligt. Daher geht es nun darum, diese Strecke zu sanieren und auszubauen sowie den Neubau des Bosruck-Eisenbahntunnels zu erwirken. Für die Investitionen in den Infrastrukturausbau der Pyhrn-Schober-Achse ergibt sich die Chance in das EU-Förderprogramm Transeuropäischer Netze (TEN) aufgenommen zu werden und damit einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung der benötigten Maßnahmen zu erreichen.

Die Bedeutung dieses Infrastrukturprojekts unterstreicht auch ÖVP-Wirtschaftssprecherin LT-Präs. LAbg. Manuela Khom: „Durch die Aufwertung der Pyhrn-Schober-Achse würde die Verbindung mit dem bedeutenden Mittelmeerhafen Koper verbessert. Dies ergäbe wesentlich schnellere Exportwege in die Zukunftsmärkte am Mittelmeer und im Nahen Osten und damit einhergehend deutliche Wettbewerbsvorteile für die steirische Wirtschaft. Außerdem wurde ein einstimmiger Beschluss des steirischen Wirtschaftsparlaments umgesetzt.“

Der Antrag wurde auf Initiative der Zukunftscoalition einstimmig angenommen.

## **Kein Zweifel am Erfolgsprojekt Airpower**

**Die Airpower 2016 war wiederum ein durchschlagender Erfolg, bei der die Empfehlungen des Rechnungshofberichtes größtenteils umgesetzt wurden. An der Bedeutung der Veranstaltung für die Region Murtal, die Steiermark und die österreichische Landesverteidigung kann angesichts der vorliegenden Fakten kein Zweifel mehr bestehen. Die Airpower ist die größte und sicherste Flugshow Europas und darüber hinaus ohne Zweifel ein gutes Geschäft für die Steiermark und die Region Murtal.**

„Die Partnerschaft zwischen Land Steiermark, dem österreichischen Bundesheer und Red Bull hat sich seit der ersten Airpower im Jahr 2003 konstant weiterentwickelt und ist ein durchschlagender Erfolg“, betont ÖVP-Tourismussprecher LAbg. Hermann Hartleb im Zuge der Diskussion des Rechnungshofberichtes zur Airpower 2013 bei der aktuellen Landtagssitzung. „Ganz Österreich beneidet uns um diese Partnerschaft und diese Veranstaltung.“

Mehr als 300.000 Besucher, ein vorbildliches Sicherheitskonzept, ein reibungsloser Ablauf, die hohe Wertschöpfung für Tourismus, Wirtschaft und Arbeitsmarkt sowie die vielen positiven Rückmeldungen zeigen: Die Vorschläge des Rechnungshofes wurden bereits bei der heurigen Ausgabe der Airpower größtenteils erfolgreich umgesetzt, die Veranstaltung wurde gemäß des steiermärkischen Veranstaltungsgesetzes bewilligt und durchgeführt. Auch für das Bundesheer stellt die Airpower eine einzigartige Möglichkeit zur Übung dar.

Angesichts dieser überzeugenden Fakten sei es endlich Zeit, das Schlechtreden dieser Veranstaltung und der Region Murtal durch einzelne politischer Vertreter der Opposition einzustellen. Selbst der grüne Bundespräsidentenskandidat Alexander Van der Bellen war gerne bei der Airpower zu Gast.

„Die Airpower ist ein Motor, mit dem sich die Region Murtal und die Steiermark in den Bereichen Wirtschaft, Tourismus und Innovation erfolgreich positioniert hat“, stellt Hermann Hartleb abschließend fest.

## **Landesrechnungshof bestätigt korrektes Verfahren bei der Vergabe der Glücksspielautomatenlizenzen**

**In seinem bei der letzten Landtagssitzung diskutierten und beschlossenen Bericht bestätigt der Landesrechnungshof die korrekte Vergabe der steirischen Glücksspielautomatenlizenzen. Einzelne Kritikpunkte, die die Prüfer bemängeln, haben die Vergabe der Lizenzen und die Reihung der Bewerber nicht beeinflusst. Die Aufmerksamkeit der Verfahrensleitung wird vom Rechnungshof ausschließlich gelobt.**

Der Landesrechnungshof bestätigt in seinem Bericht eindeutig, dass das Vergabeverfahren für die Glücksspiellizenzen korrekt war. Die Grundsätze der Transparenz und Nichtdiskriminierung wurden eingehalten. Die Aufmerksamkeit der Verfahrensleitung bei der Befangenheit eines Gutachters und die schnelle Reaktion werden im Bericht ausdrücklich gelobt.

Einzelne Kritikpunkte des Landesrechnungshofes, wie die Änderung einzelner Sub-Kriterien nach Öffnung der Antragsunterlagen oder die Doppelfunktion der Verfahrensleiterin bei der Vornahme von Ergänzungsgutachten haben die Reihung der Anbieter nicht beeinflusst.

Die Verbesserungsvorschläge des Landesrechnungshofes, wie ausreichende Vorlaufzeiten für die Aufbereitung der Antragsunterlagen, werden in künftigen Ausschreibungen berücksichtigt. Der Landesrechnungshof hat das korrekte Vorgehen des Landes Steiermark bestätigt aber auch wichtige Verbesserungsvorschläge für künftige Ausschreibungen aufgezeigt.



## **Wohnunterstützung Neu ist der Anfang einer Korrektur des Sozialsystems in Richtung mehr Gerechtigkeit**

**In Rahmen zweier dringlicher Anfragen thematisierte der Landtag Steiermark die Wohnunterstützung Neu. Diese soll eine verlässliche und gerechte Unterstützungsmaßnahme für jene Steirerinnen und Steirer sein, die sie wirklich brauchen. Dazu zählt auch eine höhere Leistungsorientierung**

Die Neuregelung der Wohnunterstützung hat das Ziel, eine gerechte soziale Unterstützungsmaßnahme für jene zu schaffen, die sie wirklich brauchen. „Vor allem geht es uns aber auch um ein verlässliches und beständiges System, das nicht – wie in den letzten Jahren – regelmäßig geändert wird“, erklärt KO-Stv. LAbg. Barbara Riener. Dass dies im Zuge der Umstellung auch für Verunsicherung sorgt, sei verständlich. „Hier gilt es aber zu erklären und aufzuzeigen, wie wir auf mehreren Ebenen auch finanziell unterstützen.“

Für die ÖVP ist die Wohnunterstützung Neu aber auch der Beginn einer Korrektur des Sozialsystems. „Es muss wieder einen Unterschied geben zwischen jenen, die arbeiten und jenen, die nicht arbeiten. Denn Leistung muss sich wieder lohnen! Das ist durch das neue System zu gewährleisten“, so LAbg. Riener. Auch die Behauptung der Opposition, es handle sich beim neuen Wohnunterstützungssystem um eine generelle Verschlechterung, weist die KO-Stellvertreterin zurück. „Es gibt manche, die nun weniger an finanzieller Unterstützung bekommen, es gibt aber genauso neue Bezieher. Das darf nicht verschwiegen werden!“ In Summe wird die Zahl der unterstützten Haushalte mit 30.000 in den kommenden Jahren konstant bleiben.

„Betroffene, die Verluste von mehr als 40 Euro pro Monat haben, werden eine Überbrückungshilfe erhalten. Um die Treffsicherheit sicher zu stellen, wird das neue System evaluiert und bei Bedarf verbessert. Der Vorwurf, die Zukunftscoalition sei unsozial, ist also nicht gerechtfertigt“, so LAbg. Barbara Riener.

## **Kontrollausschuss per Videokonferenz spart Zeit und Geld**

**Seit der letztwöchigen Sitzung des Kontrollausschusses des Landtages gibt es auf ÖVP-Anregung eine wichtige Neuerung, die Land und Bund Geld und Zeit sparen wird. Anders als bisher üblich, müssen MitarbeiterInnen des Rechnungshofes nämlich nicht mehr persönlich von Wien nach Graz reisen, wenn ein Rechnungshofbericht mit Steiermarkbezug im Ausschuss behandelt wird. Stattdessen werden diese einfach per Videokonferenz zugeschaltet. Das reduziert die Arbeitszeit der MitarbeiterInnen beträchtlich, Reisespesen entfallen damit komplett. Angeregt hat die Neuerung ÖVP-Klubobfrau Barbara Eibinger-Miedl, alle Fraktionen stimmten dem Vorschlag zu.**

„In Zeiten der modernen Kommunikationsmöglichkeiten ist eine persönliche Anwesenheit der RechnungshofmitarbeiterInnen wirklich nicht mehr notwendig“, so KO Barbara Eibinger-Miedl, die daher den Vorschlag der Videokonferenz eingebracht hat. In jedem größeren Unternehmen gehören diese digitalen Kommunikationskanäle mittlerweile zum Alltag.

„Die notwendigen Auskünfte kann der Rechnungshof ebenso auf diese Weise geben. Der Informationsgehalt oder die Qualität ist dabei genauso gut, allerdings ist dieses Vorgehen weit effizienter und kostengünstiger. Immerhin geht es nicht nur um die Reisezeit der MitarbeiterInnen des Rechnungshofes, die diese sicherlich effizienter nutzen können, sondern auch um öffentliche Steuergelder, die der Landtag Steiermark damit sparen hilft.“

Eibinger-Miedls Vorschlag wurde in einer Präsidialkonferenz vor dem Sommer von den Klubobleuten aller Fraktionen unterstützt und mit der ersten Kontrollausschusssitzung im Herbst umgesetzt. „Zu danken ist der Landtagsdirektion für die rasche Umsetzung des Vorschlages“, betont die VP-Klubobfrau.

Bei Behandlung von Berichten des Bundesrechnungshofes im Kontrollausschuss des Landtages war bisher die persönliche Anwesenheit der jeweils zuständigen MitarbeiterInnen des Rechnungshofes notwendig, um über den Bericht Auskunft geben zu können. Dies galt auch für den Fall, dass die Behandlung des Berichtes im Ausschuss sehr schnell erledigt werden konnte. Damit verbunden waren entsprechende Kosten für die Arbeitszeit der MitarbeiterInnen sowie für die Reisespesen.